WP-5-354 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in:	Ortsverband Jülich
Beschlussdatum:	12.11.2021
Status:	Zurückgezogen

Text

Von Zeile 354 bis 370:
~~Ob und was Schüler*innen in NRW glauben, wird immer vielfältiger. Deshalb ist es wichtig, dass jede*r Schüler*in von der ersten Klasse an wirklich die freie Wahl hat, am konfessionellen Religionsunterricht oder an einem altersgemäßen Philosophieunterricht teilzunehmen. Hemmnisse für den seit 2015 möglichen Umbau von Bekenntnisschulen in bekenntnisfreie Grundschulen werden wir abbauen. Wir unterstützen den islamischen Religionsunterricht auf Grundlage unserer Verfassung. Er leistet einen wichtigen Beitrag für die Gleichberechtigung und Integration muslimischen Lebens. Dafür wird eine entsprechende akademische Ausbildung des Lehrpersonals in Deutschland, in unserem Fall in NRW, benötigt. Wir wollen die Stimmen liberaler Muslime in der Kommission für islamischen Religionsunterricht stärken. Aus anderen Staaten gesteuerte Verbände gehören nicht in die Kommission. Mittelfristig wollen wir den Religionsunterricht im Diskurs mit den Religionsgemeinschaften – auf Basis des Grundgesetzes, in dem dieses Fach verankert ist – zu einem gemeinsamen konfessionellen Unterricht weiterentwickeln, der auch den islamischen Religionsunterricht mit einbezieht. Dieser Unterrichtet verbindet und bietet Orientierung und Verständigung in unserer vielfältigen Gesellschaft.~~

Ob und was Schüler*innen in NRW glauben, wird immer vielfältiger. Deshalb wird der konfessionelle Schulunterricht in NRW ab dem Schuljahr 2022/2023 abgeschafft und stattdessen ein für alle Schüler*innen verpflichtender altersgemäßer Philosophieunterricht eingeführt. Den Philosophieunterricht wollen wir im Diskurs mit den Religionsgemeinschaften und nicht-religiösen Weltanschauungen – auf Basis des Grundgesetzes, in dem dieses Fach verankert ist – zu einem gemeinsamen Unterricht weiterentwickeln. Dieser Unterrichtet verbindet und bietet Orientierung und Verständigung in unserer vielfältigen Gesellschaft. Hemmnisse für den seit 2015 möglichen Umbau von Bekenntnisschulen in bekenntnisfreie Grundschulen werden wir abbauen.

Begründung

Ein Drittel der Bevölkerung in NRW ist mittlerweile konfessionslos. Die Zahl ist stark steigend. Gemäß einer Studiensammlung der Forschungsgruppe Weltanschauungen in Deutschland zählen gerade mal 8 % der Menschen in Deutschland zu der Gruppe der praktizierenden Gläubigen. Vor diesem Hintergrund und den dazugehörigen Entwicklungen ist Konfessionsunterricht in der Schule nicht mehr zeitgemäß.

Stattdessen muss ein konfessionsloser, weltanschaulich übergreifender Philosophieunterricht für alle Schüler*innen in allen Altersstufen eingeführt. Inhalt dieses Philosophieunterrichts muss, neben einer Auseinandersetzung mit Religionen und anderen Weltanschauungen, auch das Erlernen kritischer Denkweisen und selbstständigen Handelns sein.

Religiöse Schulung und Glaubenslehre muss in Zukunft alleine den Religionen überlassen werden und darf nicht weiterhin Aufgabe des Staats sein.